

60. Beilage im Jahr 2024 zu den Sitzungsunterlagen
des XXXI. Vorarlberger Landtages

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 60/2024

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 25.04.2024

Betreff: Zu bürokratisch, zu langsam, nicht digital – Endlich eine moderne öffentliche Verwaltung für Vorarlberg!

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Folgen der vielfältigen Krisen der letzten Jahre haben die Wettbewerbsfähigkeit der Vorarlberger Wirtschaft stark unter Druck gesetzt. Verschärft wird diese Entwicklung durch eine hohe Steuerbelastung, eine überbordende Bürokratie sowie langwierige Verwaltungsverfahren. Letztere sorgen zunehmend für Ärger und Unverständnis und behindern unternehmerische Prozesse. Und das mit gutem Recht, hat sich die türkis-blaue Regierung die bürokratische Entlastung doch schon mehrfach ins Aufgabenheft geschrieben.¹ Die ehemalige Wirtschaftsministerin Schramböck wollte sogar Strafen für Bundesministerien mit Defiziten im Bürokratieabbau einführen.² 2023 verkaufte man dann abermals den „Digital Austria Act“ als Turbo für Digitalisierung und Bürokratieabbau. Das Versprechen: Endlich eine zukunftsfitte und moderne Verwaltung.³ Aber wie so oft wurde aus den groß angekündigten Versprechen am Ende leider nichts.

Eben dieses Versprechen gab auch die Vorarlberger Landesregierung mehrfach.⁴ 2019 erhob Landeshauptmann Wallner weniger Bürokratie und einfachere Verwaltung zum erklärten Landesziel.⁵ Umso fataler, dass beim diesjährigen Neujahrsempfang seitens der Industriellenvereinigung gerade die nach wie vor massiven Herausforderungen für Unternehmen durch den bürokratischen Aufwand thematisiert wurden. Erschwerte Rahmenbedingungen und hohe Kosten seien für die Abwanderung von Produktionsstätten und unterlassene Betriebserweiterungen verantwortlich. Es keime der Verdacht der Ablehnung der Industrieentwicklung in Vorarlberg, so IV-Vorarlberg Präsidenten Elmar Hartmann. Eine Kritik, die bei der Veranstaltung 'VN-Top 100' erneut vorgebracht wurde. Für Martin Blum, Geschäftsführer der Julius Blum GmbH, machen es hohe Lohnnebenkosten, zu wenig Unterstützung seitens der Politik, zu wenig Fachkräfte und die überbordende Bürokratie schwierig, dass Unternehmen ihre ureigensten Aufgaben erfüllen können. Besonders bei der Aussage, wonach die Julius Blum GmbH beim Neubau eines Werkes in Niederösterreich eher das Gefühl hatte wirklich gewollt zu sein, gab es tosenden Applaus aus dem Publikum.

Eine Anfang des Jahres in Vorarlberg durchgeführte NEOS-Umfrage bestätigte diese wirtschaftspolitischen Schwachstellen. Insbesondere Genehmigungsverfahren seien mit einem massiven Arbeits- und Kostenaufwand verbunden. Von 100 befragten Unternehmen gaben 85

¹ <https://kurier.at/politik/inland/regierungsprogramm-wer-sich-freut-und-wer-sich-aergert/302.466.284>

² <https://www.derstandard.at/story/2000106501182/oepv-will-verpflichtende-buerokratiebremse>

³ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230601_OTS0177/himmelbauer-digital-austria-act-sorgt-fuer-naechsten-turbo-bei-digitalisierung-und-buerokratieabbau

⁴ <https://www.kleinezeitung.at/politik/3902064/Vorarlberger-Regierung-stellte-Arbeitsprogramm-vor>

⁵ <https://presse.vorarlberg.at/land/dist/vlk-59503.html>

an, dass die Bürokratie sehr belastend bzw. belastend sei. Auf die Frage, welche bürokratischen Hindernisse vor allem zermürend seien, wurden Genehmigungsverfahren für Bauprojekte, überschießende Vorgaben, fehlende Verantwortlichkeiten und Ansprechpartner in der Landesverwaltung und den Gemeinden, Aufschiebungen und die Notwendigkeit, ständig den aktuellen Stand abfragen zu müssen, genannt.

Wir NEOS haben dazu bereits eine parlamentarische Anfrage eingebracht, deren Beantwortung die Interessenschwerpunkte der Vorarlberger Wirtschaftspolitik in ein schlechtes Licht rücken. Weder gibt es ein Monitoring über die Dauer von Verwaltungsverfahren noch ist eine flächendeckende Digitalisierung im Verfahrens- und Antragswesen angedacht. Insgesamt gab es Antworten, die im Widerspruch zur Eröffnungsrede von Landeshauptmann Wallner bei der diesjährigen Dornbirner Frühjahrsmesse stehen. Dort erklärte Wallner, dass die überbordende Bürokratie ein großes Problem in Vorarlberg sei, das er in der folgenden Legislaturperiode mit einem eigenen Konvent anzugehen gedenke. Das Landesziel verschiebt sich also aus dem Jahr 2019 in das Jahr 2024 bis 2025.

Für uns NEOS ist klar, da geht mehr, aber vor allem besser! Angesichts Fachkräftemangel, explodierender Kosten und Wettbewerbsdruck braucht der Wirtschaftsstandort Vorarlberg eine zeitgemäße Wirtschaftspolitik, die Entwicklungen abfedert und nicht verschärft. Dauern Verfahren zu lange, schreckt das Investoren ab, können heimische Unternehmen nicht expandieren, bleiben betriebliche Entwicklungen aus. So kann unser Land seine wirtschaftliche Positionierung nur verlieren.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert,

- 1. umgehend einen kompromisslosen Abbau der Bürokratie einzuleiten, Verfahren entschlossen zu digitalisieren und zu beschleunigen. Dabei sollen moderne Methoden zur Digitalisierung und Automatisierung von (kompetenzüberschreitenden) Behördenverfahren konsequent geprüft und umgesetzt werden. Des Weiteren soll geprüft werden, inwieweit die Genehmigungsfiktion in die Vorarlberger Landesgesetzgebung zur Verfahrensbeschleunigung aufgenommen werden kann.***
- 2. zu prüfen, bei welchen Prozessen eine Verfahrensbeschleunigung in der Form einer Genehmigungsfiktion erreicht werden kann, d.h. dass eine beantragte Genehmigung als erteilt gilt, wenn die Genehmigungsbehörde über den Antrag nicht innerhalb einer bestimmten Frist entschieden hat. Die Landesregierung hat dem Rechtsausschuss einen entsprechenden Bericht vorzulegen, in welchem die Möglichkeiten der Einführung einer Genehmigungsfiktion erörtert wird.“***

LAbg. KO Johannes Gasser, MSc Bakk. BA

LAbg. Garry Thür, lic.oec.HSG

LAbg. Fabienne Lackner

Der XXXI. Vorarlberger Landtag hat in seiner 5. Sitzung im Jahr 2024, am 5. Juni, den Selbstständigen Antrag, Beilage 60/2024, mit den Stimmen der VP- und SPÖ-Fraktion sowie der Fraktion Die Grünen mehrheitlich abgelehnt (dafür: FPÖ, NEOS und der fraktionslose Abg. Hopfner).

Hinweis: siehe auch Vorlage des Rechtsausschusses, Beilage 82/2024